

Von Interesse ist ferner, was Erzberger über den Abschluss des Waffenstillstandes, den er bekanntlich im Auftrag der Reichsregierung bewerkstelligte, berichtet. Es heißt da:

Abends 8 Uhr — am 10. November 1918 — wurde mir ein Funkpruch von der Obersten Heeresleitung übermittelt, in dem in einer Reihe von Punkten Erklärungen erteilt wurden; dann kam der lapidare Satz: „Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen.“ Die Depesche war von Generalfeldmarschall von Hindenburg unterschrieben. Gegen 11 Uhr nachts erhielt ich dann die offene Depesche, daß ich zur Unterzeichnung der übergebenen Waffenstillstandsbedingungen berechtigt sei, was mich ungemein peinlich berührte, da das Resultat der zweitägigen Verhandlungen durch die offene Depesche erheblich in Frage gestellt war. Die Depesche war unterschrieben: „Reichsanzler Schluß.“ Der Dolmetscher-offizier fragte, ob „Schluß“ den Namen des neuen Reichsanzlers bedeute und wer dieser Herr sei; er sei dem französischen Oberkommando und der Regierung in Paris ganz unbekannt. Ich gab die Auskunft, daß „Schluß“ Punkt heiße. Nachdem der von uns beabsichtigte Protest aufgesetzt war, ließ ich den Marschall wissen, daß es mir angenehm sei, wenn noch heute nacht eine weitere Sitzung stattfinden könne. Marschall Hoch erklärte sich alsbald bereit.“

Die zweite Sitzung begann nachts 24 Uhr und dauerte bis 5 Uhr morgens. Die Unterzeichnung begann 5.20 Uhr. Gegen 10 Uhr trafen Offiziere aus dem deutschen Hauptquartier im Wald von Compiègne ein. Von ihnen hörten die Unterhändler, daß die Genehmigung zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit der rätselhaften Unterschrift „Reichsanzler Schluß“ nicht vom Reichsanzler erteilt worden sei, sondern von der Obersten Heeresleitung, weil am Sonntag eine Verständigung mit Berlin unmöglich gewesen sei; die Oberste Heeresleitung habe sich nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet gefühlt, die Genehmigung aus eigener Initiative zu geben; nachdem die Depesche abgegangen sei, habe der Reichsanzler zugestimmt und sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärt. Erzberger erklärt, er habe in einigen Punkten sogar mehr erreicht, als von der Obersten Heeresleitung verlangt wurde. Er berichtet weiter, man habe ihm allgemein zu dem großen Erfolg der Verhandlungen gratuliert. Besonders sei man im Hauptquartier in Spa angenehm überrascht gewesen. Er traf am 12. November, 9 Uhr vormittags, in Spa ein, wo sich bereits ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hatte. In einer Konferenz beim Generalquartiermeister Czornez erklärte dieser, seine künftigen Erwartungen seien durch das Ergebnis der Verhandlungen übertroffen worden. Feldmarschall Hindenburg dankte ausdrücklich Erzberger „für die ungemessen wertvollen Dienste“, die er dem Vaterland geleistet habe. Das alles hat allerdings dieselben Kräfte, die auf den Abschluß des Waffenstillstandes gedrängt hatten, nicht gehindert, über den „Dolchstoß“ zu zetern, den das deutsche Proletariat und mit ihm der „Verräter“ Erzberger, dem zumtrotzen deutschen Heere in den Rücken gestochen habe.

Liebert als Vändiger

Im heutigen „Tag“ schreibt der General von Liebert wiederum einen langen Artikel über die Schaffung eines Ordnungsblocks. Er will die bürgerlichen Parteien zusammenbringen und einen gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterschaft führen. Der Kern des Artikels besteht in Folgendem:

Der Deutsche Reichstag bedarf einer starken nationalen Mehrheit. Diese muß nach außen das Schwergewicht der Stimmen der deutschen Nation in die Waagschale werfen können, nach innen muß sie die Unruhmäher, die Unholde der Straße händigen und niederhalten. Sind die Parteiführer hierzu nicht stark und entschlossen genug, so bleibt nichts anderes übrig, als aus den Reihen der Wähler selbst den Ruf zur Rettung des Vaterlandes zu erheben. Um diesem Ruf Nachdruck zu geben, ist eine Organisation zu schaffen, die die Parteien ignoriert und nur auf das große Ziel losgeht, eine Einigung der bürgerlichen Parteien in den großen Lebensfragen der Nation zu erzielen. Vor allem muß sie Führer erziehen und diesen Gelegenheit geben, öffentlich an die Spitze großer Massen zu treten und diese für die neue Richtung zu gewinnen.

Aus Berliner Märztagen

Ludwig Keßstab, Russekritiker und Verfasser eines viel gelese- nen Romanwärgers „1812“, hat in einer kleinen Schrift*) seine Eindrücke der Märztage festgehalten. Wider Willen schildert er die wahre Volkssituation, und wenn er noch so sehr auf die französischen Einflüsse schimpft, kann er nie verschweigen, daß das Volk jeden Grund hatte, sich zu empören. Trotzdem ihm die elende Lage der Arbeitnehmer bekannt war, trotzdem er um die Schick- samen der Kleinbürger gegenüber ihren Angehörigen wußte, zerrte er aber über alle Männer, die in den „Zelten“ die „aufregendsten“ Reden hielten. Als die Regierung eine Demonstration „armer, hungeriger“ Bewohner mit der Verstärkung der hauptsächlichsten Truppen beantwortete, verlor jedoch sogar Keßstab die Geduld. Der proletarische Charakter der Aher Bewegung leuchtet aus Keßstabs Bericht hervor. Klar wird, daß gerade dieser Vorstoß des Proletariats die Bürger einschüchterte und innerlich mit dem Königtum verband. Keßstab ärgerte sich, wenn er die erbitterten Worte eines Straßendruckers hörte: „Es ist doch wahrhaftig Zeit, daß der deutsche Michel endlich einmal erwacht und sein Recht fordert.“ Keßstab war erbost, wenn er neben Blutlachen das Wort „Bürgerblut“ geschrieben las. Nur widerwillig muß er zugeben, daß die ersten Schüsse, welche überhaupt in Berlin zu allen Zeiten an der Straße gefallen sind, von preussischen Soldaten abgefeuert wurden. Ein preussischer Offizier ließ am Zeughaus in die Menge schießen und „völlig Unschuldige“ töten. Eine alte Frau, der die Angst völlig die Befinnung geraubt hatte, lief laut weinend und händeringend Keßstab entgegen: „Schon wieder schießen sie uns nieder, schon wieder wird geschossen.“

Vergeblich wartete man auf eine Proklamation. Selbst Keß- stab verstand dies Jaudern nicht. Aber endlich „schwebte“ am 18. März „Lautschrey und Jubel über der bewegten Menge“, weil endlich die Proklamation verkündet wurde. Kaum hatte Keß- stab die Redaktion der „Voh“ (Breite Straße) betreten, als er- ztegte Menschen ins Haus häuzten: „Wir sind verraten! Es wird wieder auf das Volk eingedungen und geschossen.“ Auf der Straße herrschte „Ensehen“ und „fanatische Wut“. Barrikaden wuchsen aus dem Pflaster, in den Arbeitertreffen herrschte die größte Erbitterung. Das Volk bewaffnete sich, und während noch Keßstab zur Verständigung rief, begann schon das Artilleriefeuer. Es kam zum Häuserkampf, und die Soldaten gingen mit empörender Koh- heit gegen unbeteiligte Bewohner vor.

Keßstab entschloß sich ins Schloß zu gehen, um mit dem König zu sprechen. Als er im Schloßhof einem Soldaten begegnete die Hand gab: „Kun Kinder — Ihr werdet nicht weiter gegen Eure Land- leute und Brüder fechten, es muß ein Ende haben mit diesem Kampf!“ konnte der Soldat vor Erregung nicht antworten. Aber schon rief ein General empört: „Kein, das darf nicht sein! das können wir nicht dulden! Sie dürfen nicht auf diese Weise mit

General von Liebert will also den alten Reichsflü- genverband wieder entstehen lassen, verbessert durch die Verbin- dung mit Orgeß. Damit will er die „Unholde der Straße“ händigen und niederwerfen“. Der neue Reichsflügenverband soll also nicht nur wie früher mit den Mitteln der gedruckten und geredeten Lüge arbeiten, sondern dazu noch alle Mittel des brutalen Terrors gegen die Arbeiterklasse anwenden. Der General von Liebert mag dem oberflächlichen Beobachter nur als eine zur Zeit einflusslose Persönlichkeit erscheinen; in Wirklichkeit aber steht hinter seinen Forderungen die Bourgeoisie, die endlich die alte „Ordnung“ wieder völlig hergestellt sehen möchte. Deswegen darf man an seinen Aeußerungen nicht achtlos vorübergehen, sondern sie müssen für die Arbeiterschaft eine neue Veranlassung sein, sich zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus, zusammenzuschließen.

Politische Arbeiterräte und Afa

Vom Hauptvorstand der Afa geht uns nachstehende Erklärung zu: In den letzten Wochen wird von verschiedenen Seiten in den Be- trieben die Wahl von politischen Arbeiterräten veranlaßt. Es handelt sich dabei lediglich um die Maßnahmen einzelner politischer Parteien und es muß deshalb jedem einzelnen Angestellten überlassen bleiben, sich bei der Wahl dieser politischen Arbeiterräte ent- sprechend seiner politischen Partei-Auffassung zu verhalten. Mit der gewerkschaftlichen Bewegung stehen die politischen Arbeiterräte in keinem Zusammenhang.

Soweit sich in den Betrieben zwischen den politischen Arbeiter- räten und einzelnen Mitgliedern der gewerkschaftlichen Betriebsräte eine Personal-Union ergeben sollte, steht den politischen Arbeiterräten keinerlei Recht zu, die Betriebsräte für ihre Zwecke und Befehle zu benutzen. Der Aufgabekreis der Betriebsräte ist in den Rich- tlinien der freien Gewerkschaften (A.D.G. und Afa) angegeben und es muß erwartet werden, daß die Kollegen innerhalb der Betriebs- räte darnach verfahren. Soweit sich innerhalb einzelner Betriebsräte durch das Verhalten der politischen Arbeiterräte für die Angehörigen Schwierigkeiten ergeben, wird um sofortigen Bericht nach der Haupt- geschäftsstelle der Afa, Berlin NW. 62, Weststr. 7, gebeten.

Aus dem Freistaat Danzig

Aus Danzig wird uns geschrieben: Am 29. Juli d. Js. fand hier eine gewaltige Demonstration gegen die hohen Steuern und die Lebensmittelerhöhung vor dem dem Volkstagsgebäude gegenüberliegenden Regierungsgebäude statt. Die bürgerlichen Abgeordneten, die sonst immer gegen die Arbeiterschaft weichen, vertriehen sich am damaligen Tage in dem Keller und den Nebenräumen des Parlamentsgebäudes. An dieser Demonstration nahmen auch Angehörige bürgerlicher Parteien in großer Zahl teil. Runneher haben die bürgerlichen Abgeordneten Angst vor ihren eigenen Wählern bekommen und den Schuß des Freistaatsparlaments erlangt. Die Deutschnationale Volkspartei hatte einen Antrag, der die Befriedigung des Parlamentsgebäudes forderte, in der Verfassungsgebenden Versammlung eingebracht, der dem Reichsausschuß überwiegen wurde. Dieser hat gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien einen Entwurf angenommen, der dem deutschen Beschreibungsgeß gleich.

Das internationale Danzig. Der Fremdenzufluß nach Danzig nimmt trotz der hier herrschenden Arbeits- und Wohnungs- losigkeit immer mehr zu. Zurzeit sind hier 1078 Ausländer gemeldet und zwar 481 Deutsche, 322 Polen, 58 Amerikaner, 31 Russen, 28 Österreicher, 16 Ukrainer, 10 Schweizer, 8 Franzosen, 7 Engländer, 7 Esten, 5 Dänen, 4 Polen, 2 Holländer, 1 Schwede und 1 Italiener. Dazu kommen noch mehrere tausend Mann Entente- besorgung, Landvolk und Matrosen. Zu den Vorortsgemeinden Oliva und Boppot ist der Ausländerzufluß ein noch viel größerer, so daß sich also für den Freistaat ein ganz internationales Bild ergibt.

Das Wohnungselend in Danzig. In Danzig sind etwa 10000 Wohnungslose vorhanden. Der Zufluß nach dem Frei- staat ist nicht aufzuhalten, so daß sich täglich die Zahl der Wohnungs- losen vermehrt. Auf der Dringlichkeitsliste des städt. Wohnungs- amtes sind zurzeit 3800 Familien eingetragen (im Februar waren es nur 1200) und jeden Monat kommen auf diese Liste 500 Familien hinzu, während im Durchschnitt überhaupt nur 400 Wohnungen im Monat vermittelt werden können. Das Wohnungselend ist also in Danzig außerordentlich groß, zumal auch die vorhandenen Wohnungen zum Teil als Wohnstätten ungeeignet sind und doch demohnt werden müssen. Hier kann nur rege Bautätigkeit helfen. Privatbauten ruhen vollständig, jedoch hat die Stadtorwaltung 20 Millionen Mark zu Wohnungsbauten auszuwerfen.

den Truppen verfehrt!“ Und in dem Wortgeß, das sich ent- spann, ließ sich Keßstab merkwürdigerweise zum Auszug hinziehen: „Das hat aufgehört, Herr General.“ Unter den Offizieren stehen keine Friedenswünsche vielmehr auf Widerstand und an die „er- bitterte, furchtbare Gärung“ im Volke wollte man nicht glauben. Endlich kam er zum König, der aber keineswegs zur Nachgiebig- keit bereit war, einen entschlossenen Einbruch auf Keßstab machte, vom verhetzten Volk sprach und die Schüsse der Soldaten vor dem Schloße als die blühenden Signalfische interpretierte, die nie- manden gestört hätten. Keßstab stellte ihm vergeblich vor, das Vertrauen des Volkes könne nur wiedergewonnen werden, wenn die Truppen in ihre Kasernen zurückgezogen würden. Aber der König verlangte Demütigung, Niederlegung der Barrikaden, dann könne vom Frieden und Abzug der Truppen gesprochen werden. Er drückte Keßstab eine Proklamation in die Hand, um sie zu verkünden. Eine Deputation von Bürgern wollte er emp- fangen.

Auf den Sitzungen wurde die Proklamation zerrissen und zer- treten. Keßstab hatte Schwierigkeiten, eine Bürgerdeputation zu- sammenzustellen, viele Bürger hatten Angst und fürchteten sich, um nicht in den Verdacht der Rebellen zu geraten — das waren die Reichsten. Viele aber wollten auch nichts vom Könige wissen. Endlich gelang es Keßstab mit einigen Bürgern zum König zu gehen. Sie hatten die Erklärung Friedrich Wilhelms anzuhören und wurden, ohne selber gesprochen zu haben, mit Dankworten entlassen.

Durch eine aufgeregte, oft erbitterte Volksmenge gelangte Keß- stab am Abend über halberfüllte Barrikaden nach Hause.

Kurt Kersten.

Staatstheater

(Schauspielhaus)

„Die Journalisten“ Gustav Freytags altbadenes Lustspiel, ging gestern als Kostümstück aus der Mitte des vor- gen Jahres herüber, mit der Zwischenaktmusik jener Zeit, im staat- lichen Schauspielhaus neu in Szene. Anzulange wurde die lä- chelnde Selbsteitel dieses Werkes jedem Literaturkünstler als be- nahe klassisches Meisterstück neben Kleists „Zerbrochenem Krug“ und Lessings „Minna von Barnhelm“ eingerechnet. Du meine Güte! Heute ist es ein weiter Strauß in rosa Manikette, und vom Wesen des Journalismus und der Journalistik rächtelt es höchstens in der papierernen Sprache dieser Salonkonversation. Die handelsübliche Vermischung von Volkstümlichkeit und Liebe er- scheint hier als gequälter geistreichender Lustspielstoff für Baadisch- berger. Der Meinungsaustausch und der tadelnde Zeitvertrieb unter- nehmungslustiger Leute tritt aus der Kleinbürgerlichen und histo- rischen Perspektive in das grellere Bild einer gesinnungslosrum- plerten Gegenwart, in der ein Allerweltsdämchen nicht eine Zeitung, sondern ein eigener Stimm- gleich hundert Zeitun- gen samt Redakteuren kapitalistisch aufkauft. Der „Stimm-“

Die Stellung der Organisationen Mitgliederversammlung in Plauen i. V.

Die Moskauer Bedingungen wurden von den Parteigenossen Plauens am Sonnabend abend in einer Mitgliederversammlung er- örtert. Von den 2700 Parteimitgliedern waren etwa 400 erschienen. Genosse Buchta legte die Ausführungen seines Referates, das die Unmöglichkeit der Durchführung der Bestimmungen für die Unab- hängige Sozialdemokratische Partei darlegte, in einer Resolution nieder. Die Ausführungen des Genossen Schölem-Dalle, so be- richtet die „Volkszeitung“ für das Vogtland, zeichneten sich besonders durch ihre Heftigkeit, mit der er sich gegen Buchta wandte, aus, so daß hinter diesem haßvollen Ton die Gründe, die nach seiner An- sicht die Annahme des Moskauer Diktats zwingend notwendig machen, oftmals verschwanden. Auch Gen. Schölem legte eine Re- solution vor.

Nach 2 Uhr nachts wurde zur Abstimmung geschritten. Der Vor- sitzende ließ zuerst über die Resolution Buchta abstimmen. 130 Mit- glieder stimmten für diese. Darauf wurde die Gegenprobe selber gestellt, für die 142 Stimmen gezählt wurden. Eine weitere Ab- stimmung über die Resolution Buchta wurde, da ein Teil der Ver- sammlung und auch Schölem selbst dem widersprach, nicht vorge- nommen.

Mitgliederversammlung in Bremen

Bremen, 15. September.

In einer gestern abend abgehaltenen Mitgliederversammlung der U. S. V. D. Bremen, die von 3000 Personen besucht war, wurde gegen kaum hundert Stimmen folgende Resolution an- genommen:

„Die Mitgliederversammlung der U. S. V. D. lehnt die Auf- nahmebedingungen der dritten Internationale ab. Sie steht auf dem Standpunkt, daß nur durch den engsten Zusammenschluß aller auf revolutionärem Boden stehenden Arbeiter das Ziel des So- zialismus verwirklicht werden kann. Die Versammelten bebauern, daß die Aufnahmebedingungen der dritten Internationale dieses Bestreben in seiner Weise fördern, sondern im Gegenteil nur zu einer weiteren Zersplitterung des Proletariats und Schwächung seiner Macht führen müssen. Sie fordern von der Parteizentrale und dem Parteitag, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Einigung aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden sozialistischen Parteien zu vollziehen. Diese Vereinigung ist auf einer Grundlage auszubauen, wobei das Selbstbestimmungs- recht und alle zu treffenden wichtigen Entscheidungen nicht ledig- lich einer Zentralinstanz, sondern in den Händen der Mitglieder liegt. Die Mitglieder des Ortsvereins Bremen erklären, daß sie nach wie vor bestrebt sein werden, die russischen Brüder in ihrem heldenhaften Kampf zu unterstützen, und daß sie mit allen Kräf- ten daran arbeiten werden, um den Sieg der Weltrevolution über den Weltimperialismus zu erlangen.“

Agitationsbezirk Groß-Thüringen

Am Montag tagte in Erfurt eine Konferenz des erweiterten Be- richtsbezirks der U.S.V.D. Groß-Thüringen an der auch Vertreter der Arbeitsgebiete und Redaktionen, sowie die Genossen Baum als Ab- geordnete des Bezirks teilnahmen.

Die Konferenz beschäftigte sich u. a. mit der politischen Lage und den Aufnahmebedingungen der 3. Internationale. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, den Parteigenossen die Ab- lehnung der Bedingungen zu empfehlen, weil sie undurchführbar sind.

Gegen die Bedingungen erklärten sich 18 Genossen, während nur 5 Genossen für unbedingte Annahme ge- stimmt hatten.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Die die Pariser Blätter melden, erklärte gestern offiziell Vertretern der Presse, daß Deutschland zum Völkerbund zugelassen werden solle, wenn es den Willen, den Friedensvertrag anzuschließen, zum Ausdruck bringe. Ob dieser Zeitpunkt nahe oder fern sei, hänge allein von Deutschland ab.

Die Opfer der Explosion in Marienfeld. Zu dem Explosions- unglück in Wilhelmshafen meldet das „L.“ aus Odenburg, daß bis jetzt acht Leiden geborgen sind. Nach den neuesten Fest- stellungen werden aber insgesamt auf dem Teil des Betriebes, der von der Explosion hauptsächlich betroffen wurde, zwanzig Leute vermisst, so daß anzunehmen ist, daß sich die Zahl der Toten noch erhöht. In den Krankenhäusern wurden bisher 28 Schwerverletzte Personen eingeliefert.

Rückkehr der Kriegskinder aus Schweden. Die deutschen, die österreichischen und die ungarischen Kriegskinder, die in Stock- holm und Umgebung sowie auf der Insel Gotland Aufnahme ge- funden hatten, haben Dienstag Stockholm in einem Sonderzuge verlassen. Die Zahl der Kinder betrug etwa 1500.

Die Wahlen in Südblawien. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ aus Agrom meldet, werden die Wahlen für die folgende Versam- mlung am 1. Oktober für den 28. November ausgeschrieben.

des Freitagischen Lustspiels, der seine Brillanten rechts und links schreiben kann, wirt unter heutigen Verhältnissen als ein harm- loses kleines Hunderl, ein Schmökchen, das von Martin Wolf- gang mit dem üblich gewordenen bitter tragikomischen Schimmer gepeilt wurde. Den wahren Schmod der „Journalisten“, Herrn Geppeltr Konrad Wolf, den man auch Schmusheim nennen könnte, weil er so herzlich mit sich und den anderen zu plaudern weiß, spielte der neugewagte Anton Edthofer nicht ohne Talent, aber reichlich operettenhaft und ohne seine berühmten Vorbilder zu erreichen. Als Weibheld Rued wuchs Dagny Servaes munter und lebendig in ihre Rolle hinein. Dem alten Oberst gab Winterstein seine Mannhaftigkeit. So recht schlag aber nur die possenhafte Piepenbrinksen ein, in der mit Frau Dora, Herr Patry die weinstoche Oberstinne hatte. Die Herren Eichholz und Bespermann als Schreiber und Sel- maus zählen zu den reichhaltigsten Leistungen des Abends, der unter der Regie Ernst Legals bis zu der völligen Unzulänglich- keit der Herren Witte und Horat hinabglitt. Der Bei- fall des Publikums wurde allmählich wärmer. E. B.

Im Theater in der Königgräber Straße ist die Erhan- führung von Goldonis Lustspiel „Mirandolina“ für die nächste Woche angelegt worden, mit Eise Prinz und Heinz Salsner in den Hauptrollen.

Im Wiener Schauspielereck wurde den Streikenden das Ma- demis-Theater zur Verfügung gestellt, wo Vorstellungen auf eigene Rechnung stattfinden werden. Artur Schnitzer hat seine Werte tantienfrei für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Die Stenabend beginnen heute, Mittwoch, abend 1/8 Uhr in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Poisdamer Str. 134a. Au- dolf Blümler trägt expressionistische Dichtungen von August Stramm u. a., vor. Herwarth Walden spielt eigene Tonwerke.

Monstervortrag. Am Freitag, den 17. September hält Dr. Max Dezi vom Deutschen Künstlerbund aus im Werner-Siemens- Realgymnasium, Hohenhausenstr. 47-48, abends 7 Uhr, einen Vortrag über „Das Weltbild des Monisten“.

Eine Krieger-„Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft“, die nun alljährlich eine künstlerische und wissenschaftliche Heerschau dar- stellen soll als Ersatz für die verunkunte Flottensportparade, hat Sonntag ihren Anfang genommen. Das Programm umfaßt unter- nehmung heroorragender Künstler und namhafter Gelehrter Festspiele in den städtischen Theatern, Konzerte, wissenschaftliche Vorträge, sowie Ausstellungen.

Das größte Betonschiff, das bisher in Europa gebaut wurde, ist Anfang Juni in Kopenhagen in Dienst gestellt worden. Es übertrifft laut „Prometheus“ mit einer Tragfähigkeit von 1800 Tonnen bei weitem die größten norwegischen Betonschiffe mit 1000 Tonnen Tragfähigkeit. Das Fahrzeug ist 71 Meter lang und wird durch eine Dampfmaschine angetrieben, mit der es etwa acht Knoten läuft.

*) Zwei Gespräche mit Friedrich Wilhelm IV. in geschichtlichen Rahmen gefaßt. Berlin 1849. Mitgeteilt von L. Keßstab.

Die ostgalizische Revolution

Die „Koska“ in Wien veröffentlicht folgenden Bericht ihres galizischen Sonderberichterstatters:

Bei der Nachricht, daß sich die russische Rote Armee näherte, flohen die polnischen Beamten und die Polizei, aus Furcht vor dem Jörn des erbitterten Volkes, aus Ostgalizien, so daß am 20. August die ukrainischen Aufständischen ohne Schwierigkeiten den Strich einnehmen konnten. An die Spitze des Aufstandes stellten sich überall bekannte ukrainische nationalpolitische Führer, aber sie konnten sich vor dem revolutionären Ausbruch der Massen nicht halten. Es wurden Sowjets gebildet, die die Macht der polnischen Behörden übernahmen. In Stanislaw bildete sich der revolutionäre Zentralrat. Es wurde eine Rote Armee aufgestellt, in welche sich die Bauern zu Tausenden meldeten, doch waren sie aus Mangel an Munition vollkommen aktionsunfähig. In Zwoczyn z. B. hat sich unter der Leitung des ukrainischen Bauernführers Dr. Boczko eine aus 3000 Bauern bestehende Rote Truppe gebildet. Diese ganze Truppe verfügte bloß über 12 Gewehre und die dazu gehörige Munition.

Die Ueberreste der im Mai des vorigen Jahres von den Polen nach Kustnjo hindübergebrachten Perzura-Armee (eine aus ungefähr 7000 Kopf bestehende Truppe) abden sich hier niedergelassen. Die meisten leisteten militärische Dienste und verfügten auch über Gewehre. Bei der Nachricht über die neu ausgebrochene Revolution wollten sie ihren kämpfenden Brüdern zu Hilfe kommen. Aber General Paris, der Militärkommandant von Kustnjo, hielt sie auf und entwaffnete sie. Es ist bezeichnend für den französischen Generalstab von Kustnjo und seiner Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung, daß auf der Grenze bei Ujsoł zwei polnische Infanterie-Regimenter und ein Kavallerie-Regiment, in großartig ausgebauten Schützengraben, die heimkehrenden Roten erwarteten. Diese Vorsichtsmaßregeln wären dann in Anwendung getreten, wenn die von Paris befohlene Entwaffnung nicht gelungen wäre.

Dies entschied vorläufig das Schicksal der Revolution. Unter solchen Umständen, ohne Gewehre, von jeder Hilfe abgeschnitten, mußte die ostgalizische Sowjetrepublik zusammenbrechen. An vielen Orten sind noch immer die Roten Truppen die Herren der Situation und versuchen die Verbindung mit der russischen Roten Armee herzustellen. Wo die polnischen Truppen einzogen, warfen sie sich mit unerhörter Wut auf die sich vorwärts zur Wehr setzende Bevölkerung. In Ostgalizien wird gegenwärtig ein schreckliches Blutbad veranstaltet. Dr. Boczko gelang es, mit 40 seiner Genossen über die Grenze zu entkommen, wo sie natürlich sofort gefangen genommen wurden. Die französischen Offiziere wollten sie im Einverständnis mit Kustnjo, dem Gouverneur von Kustnjo, in polnischen Banditen ausliefern, doch werden sie voraussichtlich auf den Widerstand der tschechoslowakischen Arbeiterschaft, die einen Bruch des Abkommens durch die tschechoslowakische Regierung nicht zuläßt, rechnen.

Die revolutionären Legionäre

Aus Prag wird uns geschrieben:
Wir haben vor kurzem über die Forderungen des Kongresses der tschechoslowakischen Legionäre berichtet, in denen sie sich für die sofortige Sozialisierung der großen Betriebe aussprachen. Dieser Kongress fand nun in Prag eine große Kundgebung der Legionäre aus der ganzen Republik statt, an der sich ungefähr 16 000 Legionäre beteiligten. In der unter großer Begeisterung angenommenen Resolution wird zunächst die Einheit mit der arbeitenden Bevölkerung manifestiert, deren Forderungen nach einem Neuanbau der Republik man sich völlig anschließt. Es sei notwendig, daß die Revolution in den Prinzipien der russischen Zeit durchgeführt werde, welche die Grundsätze der bürgerlichen und sozialen Gleichheit erklärt habe. Die heutigen Verhältnisse zeigen uns deutlich, daß der bisherige wirtschaftliche Zustand, der aus der Ausbeutung resultiert, unhaltbar ist. Die Legionäre versprechen, bei dieser Aufgabe mit allen Kräften mitzuwirken und wenden sich auch an die Arbeitenden der übrigen Nationen in diesem Staate, am großen Werk mitzuwirken.

Wir warnen die einheimische wie die fremde Reaktion auf das äußerste vor einem Eingriff in die Entwicklung der Ereignisse in diesem Staate, möge er nun aus diesem oder jenem Vorwand erfolgen. Wir warnen sie deshalb, weil wir überzeugt sind, daß das Kommen des neuen Lebens unhaltbar ist. Es wird über jeden Widerstand der Vertreter der alten Welt kommen. Wir fordern die Regierung der tschechoslowakischen Republik auf, in der nächsten Zeit die Nationalversammlung einzuberufen und ihr klar formulierten Gesetzesentwürfe vorzulegen, aus denen ersichtlich ist, daß sie den Geist der neuen Zeit begriffen hat. Insbesondere verlangen wir die Realisierung folgender Forderungen:

1. Enteignung aller Großgrundbesitze ohne Entschädigung.
2. Sozialisierung der Gruben, Häfen, und Industriebetriebe sowie Uebernahme der Banken durch den Staat.
3. Konfiskation der Kriegsgewinne.
4. Streikrecht gegen Wucher, Sabotage, und Nichtablieferung des Streikbedeutungsguts.
5. Beseitigung der Wohnungsnot durch gerechte Verteilung der vorhandenen Objekte.
6. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
7. Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung.
8. Übergang zur Miliz und zu einer wirklichen demokratischen Armee.
9. Trennung von Staat und Kirche, Schule und Erziehung im sozialistischen Sinne.
10. Anbahnung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland.

Diese Orientierung der Legionäre, die einen Hauptbestandteil der Armee bilden, im durchaus sozialistischen Sinne zeigt, daß die Herrschenden von ihren üblichen Stützen, den Wojewoden und Maschowskowskys, in diesem Staate nichts zu erwarten haben.

Aus dem Orgeß-Lande

München, 15. September.

Der Staatskommissar hat aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die für heute angelegte öffentliche Versammlung des republikanischen Führerbundes verboten. Unparteiig beleuchtet diese kurze Meldung die Lage in Bayern: St. Eberhard, der Organisator der Orgeß, gebietet offen über das Land, der republikanische Führerbund dagegen ist vogelfrei und der verfassungsmäßigen Rechte beraubt. Die weißen Garden können, allen offiziellen Ablehnungen zum Trotz, offen zur Gegenrevolution rüsten und den Sturz der Republik vorbereiten. Der Führerbund dagegen, der auf dem Boden der Verfassung steht, darf nicht einmal öffentliche Versammlungen abhalten.

Die Zustände in Bayern sind nicht nur ein öffentlicher Skandal, sie bedrohen vielmehr in schwerster Weise die innere und äußere Sicherheit des Reiches. Wo bleibt hier die Reichsexekutive, die sonst gegenüber sozialistischen Landesregierungen so schnell bei der Hand war?

Reiche Gewinne ausländischer Kapitalisten

Wie die niederländische Zeitung „Der Metallarbeiter“ mittelt, suchen in Holland 7 Banken einen Referendums von 304 Millionen Gulden und im letzten Geschäftsjahr einen Gewinn von 29 400 000 Gulden. Zwanzig Schiffahrtsgesellschaften haben einen Referendumsfonds von 179 000 000 und einen Gewinn von 44 000 000 Gulden. 77 Unternehmungen haben zusammen einen Referendumsfonds von 755 000 000 Gulden und einen Gewinn von 116 200 000 Gulden zu

verzeichnen. Dieser Gewinn ist ungefähr so viel, wie der Lohn von 112 028 Personen zusammen, die im Jahre 1917 auf 1000 bis 1200 Gulden zur Einkommensteuer abgeführt wurden. Die Aktionäre von 77 Unternehmungen, die oft nicht einmal irgendein Verständnis von dem technischen und kaufmännischen Betrieb haben, bekamen, ohne sich irgendwie anzustrengen, die gleiche Summe wie 112 028 Arbeiter an Löhnen. Auch in Holland leben trotz des Lebensmittelmangels infolge der kapitalistischen Wirtschaftsweise Tausende im Elend — und die Profitgier schreiben am lauteften, daß die Teuerung eine Folge der hohen Arbeitslöhne sei. Ganz wie bei uns! — Nur die vereinte Sitzkraft des Proletariats kann die Befreiung aller Länder aus dem Völkerverfall des Kapitalismus herbeiführen.

Arbeitslosennot in Solingen

II. Solingen, 15. September.

Die Stadtverordneten bewilligten gestern zur Beseitigung der Arbeitslosennot Naturalunterstützung und 3 Millionen Mark für die Notstandsarbeiten. Die Beschäftigung sämtlicher Arbeitslosen bei vierteljährlicher Wechselfrist und fünf Stunden Arbeitszeit wurde garantiert. Als weitergehende Forderung wurden 100 pCt. Erhöhung der Unterstützung verlangt. Es brangen etwa 300 Arbeitslose, darunter Frauen mit Kindern auf den Armen, in den Sitzungssaal ein und erzwangen die sofortige Bewilligung der doppelten Unterstützungssätze, die unter dem Druck auch erfolgte, obgleich der Bürgermeister die Unmöglichkeit der Ausübung betonte.

Der Stichtag für die Erwerbslosenbeihilfe

Der preussische Wohlfahrtsminister hat als Stichtag für die Gewährung der einmaligen Beihilfe an langfristige Erwerbslose den 1. September d. J. festgesetzt. Regelmäßig dürfen also nur diejenigen Erwerbslosen aus der einmaligen Beihilfe von den Gemeindefinanzverwaltungen erhalten, die an diesem Stichtage bereits acht Wochen Erwerbslosenunterstützung erhalten haben.

Der Boykott gegen Polen

Ein Dampfer in Schweden angehalten

II. Stockholm, 15. September.

In Helsingborg traf am Sonnabend der schwedische Dampfer „Davana“ ein. Dem Dampfer, an dessen Bord sich außer Kriegsmaterial 18 polnische Soldaten befanden, war die Durchfahrt durch den Rieker Kanal verweigert worden. Die Polen suchten den Kapitän daran zu hindern, Helsingborg anzulanden. Die Besatzung widerlegte sich der Weiterfahrt nach Danzig.

Vor den Rigaer Friedensverhandlungen

London, 15. September.

„Times“ meldet aus Warschau, daß die nach Riga abgehende polnische Friedensdelegation Vollmachten zur Unterzeichnung des vorläufigen Friedens, über den zugleich mit dem Waffenstillstand verhandelt werden soll, erhält.

Litauisch-polnischer Waffenstillstand

II. London, 15. September.

Litauen hat sich in einer Antwort auf die polnische Note bereit erklärt, Delegationen nach Kalwaia zu entsenden. Infolgedessen wurden die Feindseligkeiten eingestellt. Kurz vor dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes traf die Nachricht von der Einnahme der Stadt Seim durch die litauischen Truppen ein, während die Polen Sipol den Bolschewisten überlassen mußten.

Deschanel vor dem Rücktritt?

Paris, 15. September.

Wie der „Matin“ in Speerdruck mittelt, hat sich der Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik, Deschanel, am letzten Freitag ernstlich verschlimmert. In Abgeordnetentreiben spricht man von der Möglichkeit seines unmittelbaren bevorstehenden Rücktrittes. Der Minister des Innern hat sich sofort nach Versailles begeben, um den Ministerpräsidenten Mürand von der Lage zu unterrichten. Sofort nach seiner Rückkehr wird sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Wie das „Journal“ dazu mittelt, rechnet man damit, daß im Laufe der nächsten Woche eine Zusammenberufung des Parlaments zu einer außerordentlichen Tagung erfolgt, in der nur der Rücktritt Deschanel's und das Dekret über die Einberufung der Nationalversammlung verlesen werden soll, da verfassungsgemäß innerhalb 48 Stunden nach dem Rücktritt des Präsidenten die Nationalversammlung zusammenzutreten muß.

Südslawien, der größte Staat Südosteuropas

II. Frankfurt a. M., 15. September.

Nach amtlichen Angaben des Belgrader Ministeriums für Sozialpolitik im Juni d. J. stellte sich laut „Frankfurter Zeitung“ des Umfangs und die Bevölkerungsziffer der einzelnen slawischen Völkerverbände wie folgt dar: Serbien 87 848 Quadratkilometer mit 4 456 000 Bewohnern, Bosnien 41 750 Quadratkilometer mit 2 675 292 Bewohnern, Montenegro 14 180 Quadratkilometer mit 485 000 Bewohnern, Bosnien und Herzegowina 51 180 Quadratkilometer mit 1 898 044 Bewohnern, Dalmatien 12 851 Quadratkilometer mit 645 686 Bewohnern, Kroatien und Slavonien 42 638 Quadratkilometer mit 2 621 954 Bewohnern und Slowenien 21 661 Quadratkilometer mit 1 610 082 Bewohnern. Insgesamt umfaßt der junge Staat 271 682 Quadratkilometer mit 14 843 067 Bewohnern, ist also weit größer und bevölkerter als sämtliche anderen Länder Südosteuropas, wie Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Albanien oder Ungarn und überflügelt auch Deutsch-Oesterreich und die Tschecho-Slowakei.

Der Arbeitskampf in Italien

III. Rom, 15. September.

„Giornale d'Italia“ meldet, daß die Abgeordneten und Industriearbeiter von Mailand einstimmig beschlossen haben, die Kontrolle der Gewerkschaften über die Unternehmen fortzusetzen zu lassen.

Ein Vorpiel zur Präsidentenwahl

London, 15. September.

„Times“ meldet aus Washington, daß die Demokraten bei den letzten Wahlen im Staate Maine eine vernichtende Niederlage erlitten haben. Der republikanische Gouverneur wurde mit einer Stimmenmehrheit von 60 000 gewählt und alle Kronratsmitglieder und Behörden von Maine werden Republikaner sein. Die Unbeliebtheit Wilson's scheint an der Niederlage der Demokraten schuld zu sein.

Noch keine Milchkuhe unterwegs. In der Presse ist die Nachricht verbreitet, daß ein Transporter der von Amerika gelieferten 2600 Milchkuhe bereits nach Deutschland unterwegs sei. Wie die „P. M. N.“ hören, ist an keiner der in Frage kommenden Stellen eine derartige Nachricht eingegangen. Der erste Transport wird voraussichtlich erst Anfang Oktober abgehen können.

Was uns trennt!

Von Willi Richter.

Der die Auseinandersetzung Crispian-Däumig verfolgt der kommt zu der Erkenntnis, daß eine Trennung des rechten und linken Flügels in der U. S. P. ein Gebot im Interesse des Weltproletariats ist. Jeder Versuch einer Ueberbrückung des tiefen Abfalls, jede Konzeption nach rechts oder links ist bei den unüberbrückbaren Gegensätzen ein Ding der Unmöglichkeit. Und warum mußte es so kommen?

Beide Richtungen innerhalb der U. S. P. D. sind an das Parteiprogramm gebunden.

Aber — bei der Auslegung dieses scheiden sich die Geister! Ein Programm dient so lange den Zwecken, als es der Richtung und dem Ziel nicht zum Demnachschuß wird.

Mit dem Eingehen eines unartigen Kindes glaubt nun Crispian auf Grund des einzigen Aktionsprogramms, gehört auf seine Auffassung vom wissenschaftlichen Sozialismus nach Marx und Engels dem deutschen Proletariat und der Weltrevolution zum Siege verhelfen zu können. Ob, wem Ehre gebührt, also auch Marx und Engels, also auch dem wissenschaftlichen Sozialismus. Aber das sollte auch Crispian erkannt haben:

Noch nie ist auf irgend einem wissenschaftlichen Gebiete ein Zustand der Ruhe, des Stillstandes eingetreten! Was! So schreitet die Wissenschaft vorwärts, erkennt heute Wahrheiten, um morgen neue zu erfinden, zu entdecken und verbrannte vorgestern die Vertreter der einen Augenblickswahrheit als Reher. So schreitet auch der wissenschaftliche Sozialismus vorwärts und macht auch vor Marx und Engels nicht halt.

Kaisern drängen die Erkenntnis vorwärts, so meinen wir Vertreter des linken Flügels; die Erkenntnis hindert die Taten, das zeigt uns die falsche Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus eines Crispian. Newton wird überflügelt vom rascher arbeitenden Menschengeist, Einstein bringt neues Licht in menschliche Irrungen, Crispian glaubt an den Sieg des wissenschaftlichen Sozialismus nach seiner Auffassung.

Wir glauben an den Sieg der Tat!

Das letzte und vornehmste Mittel zur Erringung der politischen Macht bleibt die Aktion der Masse, heißt es im Kruppiger Programm! Ich will nicht leugnen, wie oft dieses Mittel falsch angewandt werden kann, fehlerhaft aber möchte ich, daß es — als es mit Erfolg angewandt werden konnte — nicht angewandt wurde, denn: „den Terror als Programm lehne ich ab“, sagt Crispian. Also: Hilf, heiliger Bürokratismus, hilf, inpedimentöse Kommissionen, hilf, lieber Spitzenkommissionist Legion, helfe alle zum Siege des Proletariats durch Resolutionen, durch Aufrufe und Solidaritätsbekundungen — nur, vermeide den Terror, denn ihr seid ja Sozialisten! Ueber eure Feinde wird der Sieg errungen werden — der Sieg des Kapitalismus und Militarismus! Es fehlt euch eben der Wille zur Tat, denn der wissenschaftliche Sozialismus nach Marx und Engels sagt, meint Crispian, und gläubig lauscht ihm die Menge wissenschaftlicher Sozialisten. Draußen eilt der tätige Sozialismus weiter, nach drinnen bremst der wissenschaftliche Sozialismus.

Auch wir vom linken Flügel, wir Selten — Wollenden, beanspruchen den wissenschaftlichen Sozialismus, aber nur so weit, als er unserem Ziele nicht entgegensteht. Sind die Rosaftakte der Erkenntnis — und das bedeutet ja Wissenschaft — durch Erfahrung überlebt, werden neue Taten den Bau anzuweisen führen.

Die Sonne dreht sich auch dann nicht mehr um die Erde, wenn Crispian dem rückwärtigen wissenschaftlichen Sozialismus zum Siege verhelfen will!

Zum gegenwärtigen Parteistreit

Von Paul Schröder, Berlin.

In Nr. 358 der „Freiheit“ brachte Genosse Paul Schindler einen Artikel, worin zum Ausdruck kam, daß bei dem gegenwärtigen Streit „für oder gegen Rostau“ die Diskussion in den Versammlungen ruhig und sachlich geführt werden müßte im Interesse der ganzen Sache. Man konnte diese Ausführungen voll und ganz unterschreiben und hatte auch gehofft, daß diese Worte beherzigt würden. Doch bei vielen Parteigenossen scheint dies doch nicht der Fall zu sein; sie können sich noch immer nicht daran gewöhnen, auch dem Gegner die nötige Achtung zu zollen. Dies hatte sich wieder mal so recht in der letzten Generalversammlung des neunten Distrikts, die am 7. September stattfand, gezeigt, wo es zu Szenen kam, die geradezu widerwärtig waren, und jedem die Luft zum Atmen der Versammlungen verteilten muß, der Interesse an der strittigen Frage hat. Daß es aber erst jetzt kommen mußte, hat zum großen Teil die Leitung der Versammlung selbst verschuldet. Auf der Tagesordnung stand: „Wie und die dritte Internationale“. Referent Genosse Däumig. Allgemeine Bewunderung erregte es natürlich, daß kein Korreferent genannt wurde. Aus welchem Grunde das nicht geschehen war, will ich hier nicht unterzählen. Erst nach einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte wurde dem Antrag, der anwesenden Genossen die Versammlung zu übertragen, stattgegeben. Das dadurch die Gemüter erhitzt wurden, wird selbst die Leitung nicht bestreiten wollen. Während nun der Genosse Däumig mit wenigen Unterbrechungen sein Referat ausführlich halten konnte, hatte damit die Genossin Zieh kein Glück. Rostau wollte keine andere Meinung hören und unterdrückte die Rednerin fortwährend. Nur mit Mühe und Not konnte die Genossin Zieh ihr Referat zu Ende bringen und bedankte sich zum Schluß noch bei der Leitung der Versammlung für die „gütige Unterstützung“, die ihr zuteil wurde. Auffällig war aber, daß Genosse Däumig es nicht mal der Mühe für wert hielt, die Rednerin ein wenig zu beschwichtigen.

Nun, Genossen, wo soll das hinführen? Die Versammlungen werden abgehalten, um den Mitgliedern die nötige Auffklärung zu geben, damit sie sich selbst ein Urteil bilden sollen. Wer das nicht begreifen kann, der sollte häufig zu Hause bleiben. Die eiserne Disziplin, die jetzt so vielfach verlangt wird, sollte vor allen Dingen in den Versammlungen geübt werden, dann würden solche Szenen vermieden werden.

Zur Sache selbst will ich mich nur kurz äußern. Das Falsche und Wider zur strittigen Frage ist nun durch Wort und Schrift hinreichend geklärt. Nach der Bekanntgabe des Zentralkomitees soll der Parteitag nun endgültig über die Frage die Entscheidung treffen. Reines Erachtens nach wäre es zweckmäßiger, eine Abstimmung unter den Mitgliedern vorzunehmen, damit würde der Gesamtanspruch der Massen zur Geltung kommen.

Wirtschaftsbeihilfen für Beamte. Ein Entwurf über die Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen an die preussischen Beamten und Gelehrten in den besetzten Gebieten einschließlich Oberschlesien wird der Landesversammlung zugehen. Danach erhalten die Beamten vom 1. Juli d. J. ab die gleichen Beihilfen wie die Reichsbeamten. Die Kosten übernimmt das Reich, das dem Reichstag eine dementsprechende Vorlage zugehen lassen wird.

Die Bewegung der Hamburger Eisenarbeiter. In einer vom Deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinenisten, einberufenen gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung zwecks Beschlußfassung über den vom Reichsarbeitsministerium gefällten neuen Gehaltsanspruch wurde dieser nach Anhörung kürzlicher Debatte gegen etwa 20 Stimmen abgelehnt. In der darauf vorgenommenen Abstimmung wurden bei einer Gesamtzahl von 4290 Stimmen 2118 für und 2077 Stimmen gegen den Streik abgegeben, während 60 Stimmen unglücklich waren. Da eine Dreiviertelmehrheit für den Streikbeschluss notwendig ist, so gilt der Streik als abgelehnt.

Eine Enquete über die Sozialisierung. Im tschechoslowakischen Ministerium für soziale Fürsorge fanden dieser Tage große Beratungen der Vertreter der Regierung, der Unternehmer und der Arbeiter statt, um das Problem der Sozialisierung der Industrie- und Handelsbetriebe seiner Lösung entgegenzubringen. Was durch die Enquete gewonnenen Material soll die Grundlage zur Ausarbeitung detaillierter Vorlagen der Sozialisierungs-gesetze bilden.

